

INHALT

Das erwartet Sie im Newsletter

- Neues aus dem CDU-Kreisvorstand
- Nachrichten aus der CDU-Stadtratsfraktion
- Neues aus den Vereinigungen
- Neues von unserer Abgeordneten



KONTAKT

So erreichen Sie uns

CDU- Kreisgeschäftsstelle
Weimar

Erfurter Straße 12

info@cdu-weimar.de

03643/850580

www.cdu-weimar.de



CDU- Fraktion im Weimarer
Stadtrat

www.cdu-fraktion-weimar.de

Junge Union Weimar

www.ju-weimar.de

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Weimar,

der Wahlkreis 32 Weimar II hat einen CDU-Kandidaten für die Landtagswahl 2024. Der 26jährige Lennart Geibert wurde mit 88,9 % der Stimmen der Mitgliederversammlung am 14. September 2023 gewählt, um im nächsten Jahr für die CDU Weimar in den Wahlkampf zu gehen.

Bei seiner Vorstellung in der Mitgliederversammlung sprach Lennart Geibert von „der wichtigsten Rede seines Lebens“ und warb darum, dass auch ein junger Kandidat die Unterstützung seines Kreisverbandes verdiene.

Lennart Geibert berichtete davon, dass er in einem politischen Haushalt groß geworden sei und bereits mit 10 Jahren seinen Vater bei der Verteilung von Wahlwerbung behilflich gewesen sei. Seit dieser Zeit engagiere er sich auch gesellschaftlich und politisch: als Schülersprecher in Weimar, in der Schüler-Union, der Jungen Union und der CDU.

Unser Landtagskandidat bezeichnet es als Aufgabe seiner Generation, für Frieden und Freiheit in Europa zu sorgen. Als wichtige landespolitische Ziele nannte er die Themen Wirtschaft, Bildung, Digitalisierung sowie die Stärkung der Polizei. Er wolle mit eigenen Zielen und eigenen Idee in den Wahlkampf gehen.

Sein Mitbewerber als Landtagskandidat, der 63jährige CDU-Kreisgeschäftsführer Arndt Hobrecker, der seine Kandidatur als Alternative bezeichnete, sicherte Lennart Geibert seine volle Unterstützung im Wahlkampf zu. Diese Unterstützung und die Unterstützung aller Mitglieder und Freunde der CDU wird Lennart Geibert brauchen – wir sagen sie ihm zu.

Katrin Trommer-Huckauf
für die Redaktion des Newsletters

Jahresempfang der CDU Landtagsfraktion

von Arndt Hobrecker



“CDU erhebt für Thüringen wieder Regierungsanspruch“

Die TA titelte am Abend des 29.06., als die Veranstaltung bereits in den gemütlichen Teil übergegangen war, „Die CDU erhebt für Thüringen wieder Regierungsanspruch. Thüringens CDU-Fraktionschef Mario Voigt formuliert auf dem Jahresempfang klare Ziele für seine Partei und eine Kampfansage an die Landesregierung. Mit klaren Ansagen hat CDU-Fraktionschef Mario Voigt am Donnerstag viel Beifall auf dem Jahresempfang seiner Partei in Erfurt erhalten.“ 600 geladene Gäste, aus Weimar u.a. Dr. Frank-Michael Pietzsch, Jörg Geibert, Kristin Leube, Lennart Geibert, David Albrecht, MdB Antje Tillmann, Arndt Hobrecker, als „Mitgastgeber“ MdL Thomas Gottweiss. Gastredner Jens Spahn, stv. Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion, nahm die Berliner Ampel aufs Korn: „Haus falsch, Auto falsch, Heizung falsch, ... die Regierung hat einen Regierungs- und keinen Erziehungsauftrag !“. Als Show Act war die Fraktionsmitarbeiterin für Haushalt und Finanzen (sic !), Ulrike Jary, eingesprungen, die für professionelle Gesangseinlagen und gute Stimmung sorgte. Bis Mitternacht standen die 21-köpfige CDU Landtagsfraktion (alles Direktmandate !), der Altministerpräsident Bernhard Vogel, und zahlreiche Mitglieder aus Wirtschaft und Verwaltung unweit des Buffets zusammen und analysierten die politische Lage in Thüringen und im Bund.



Zwischenruf aus dem Maschinenraum: 10 Jahre sind genug !

von Arndt Hobrecker



Zum 70. Geburtstag 2026 werden wir dem aktuell noch amtierenden Ministerpräsidenten Ramelow gratulieren, dann aber bereits seit 2 Jahren im politischen Ruhestand. Kann dieser Wunsch in Erfüllung gehen ?

Ja, wenn die von unserem Landesvorsitzenden ausgerufene Deutschlandkoalition (schwarz-rot-gelb) nach dem Wahltag im September 2024 zustande kommt. Die Farben rot und gelb schwächeln momentan allerdings noch, und schwarz darf auch noch zulegen, um mehrheitsfähig zu sein.

Ja, wenn Sahra die „Wagenknecht-Partei“ gründet, und damit den beiden Extremen am Rande des Parteienspektrums (links und braun) die Stimmen wegnimmt.

Ja, wenn wir den Wählern vermitteln, dass Thüringen bereits jetzt seit 10 Jahren von RRG regiert wird und wir Bilanz ziehen: Ärztemangel, Lehrermangel, Mangel an Kita-Plätzen, Pflegemangel, Richtermangel, Fachkräftemangel, ... wir können die Berufe durchdeklinieren, unter RRG hat sich Thüringen in keiner relevanten Kennzahl verbessert, im Gegenteil, wir werden im Ranking der Bundesländer nach unten durchgereicht. Wir gendern munter weiter, schieben abgelehnte Asylbewerber nicht ab, besetzen die Stellen in den Ministerien nach Parteibuch, schaffen die Noten im Sportunterricht ab, - wen stört's? Als Opposition in Erfurt sollten wir von der schlechten Bilanz der Ramelow-Regierung profitieren, leider zahlt sich die allgemeine Unzufriedenheit bisher nicht auf unser Konto aus. In der „Sonntagsfrage“ vom 16.09. stürzt die Linke zwar auf 22% ab, aber die CDU hält nur 21% mit minimalem Zuwachs. Wer den seriösen Politikwechsel will, muss CDU wählen. Wechsel wählen – 10 Jahre RRG sind genug ! Ob das als Wahlkampflogan ausreicht ? Thematisch und personell müssen wir unsere Angebote ausformulieren. In Weimar haben wir als Team CDU inzwischen einmütig Lennart Geibert zum MdL-Kandidaten gewählt und damit die erste Richtungsentscheidung für den Wahlkampf 2024 getroffen. Außerdem haben wir nach 2019 erneut Peter Kleine zusammen mit dem Weimarerwerk zum OB-Wunsch kandidaten gekürt. Im Mai 2024 eine erfolgreiche OB-Wahl und eine erfolgreiche Wahl unserer Kandidaten für den Stadtrat, die wir in Kürze nominieren, verschaffen uns zusätzlichen Rückenwind, um im September 2024 Lennart Geibert für Weimar in den Landtag zu wählen. Unsere Kampagne „Lennart Geibert pro Weimar“ stellen wir im nächsten Newsletter vor.

Gedenken an den 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 gingen Hunderttausende Menschen in der DDR gegen das SED-Regime auf die Straßen. Die Aufstände wurden dabei brutal niedergeschlagen. Der Mut derjenigen, die damals gegen die Unterdrückung kämpften, bleibt ein Symbol des Widerstandes im Kampf für die Freiheit.

Auch in diesem Jahr haben wir gemeinsam mit der Jungen Union in Erinnerung an den 17. Juni 1953 der Opfer gedacht.



Im Vorwort des brandneuen „CDU Corporate Design Manuals“ aus dem Konrad-Adenauer-Haus steht: „Wir sind die moderne Volkspartei. Es ist an der Zeit, als wiedererkennbare, zeitgemäße Marke aufzutreten. Wir haben ein Corporate Design entwickelt, das aus unserer DNA kommt und auf Augenhöhe mit den Menschen und der Zeit ist. Es ist ein kraftvoller, einheitlicher Auftritt, der dennoch die Vielfalt unserer Partei abbildet. Wir wollen als starke Einheit und Gegenentwurf zum Chaos auftreten und dabei Zuversicht statt Zukunftsangst verbreiten. Zuversicht mit Mut und Lust am Gestalten.“ Wie drücken wir das ab jetzt in unseren Farben aus ?

In (1.) schwarzen CDU-Buchstaben neben (2.) dem schwarz-rot-gold aufsteigenden Bogen auf (3.) weißem Grund vor (4.) türkischem Fond und (5.) der Schriftfarbe blau, alternativ weiß auf blauem Fond. Wer diese 5 Merkmale im Blick hat, macht bei der Umsetzung des neuen CDU-Designs alles richtig. Allerdings plant die CDU-Zentrale die bundesweite Umsetzung bis zur Europawahl im Juni 2024, so dass unser Newsletter noch eine Weile sein Design behalten darf.



**Deutschland
kann es besser.**

Deshalb CDU.

Die Farben lauten übrigens vollständig „Cadenabbia-Türkis“, symbolisiert Freiheit, Vitalität und Dynamik, und „Rhöndorf-Blau“, für Sicherheit, Substanz und Kompetenz. Die beiden Ortsnamen sind nicht zufällig der Urlaubs- und der Wohnort unseres ersten Bundeskanzlers und sollen die kreativen Wortschöpfungen merkfähig machen. Und, „der schwarz-rot-goldene Bogen ist nicht nur Dekoration, sondern steht für Zuversicht, Wachstum, Aufschwung, Dynamik, Wirtschaftskompetenz, Erfolg und permanente Verbesserung.“

Aus den Landesverbänden kommt nicht nur Zustimmung, aber die Satire der WELT, die das schwarze CDU-Logo auf schwarzem Hintergrund vorschlägt, findet im Konrad-Adenauer-Haus dann doch keine Fürsprecher. Und unser Landesverband Thüringen hat beschlossen, das neue Design als erster umzusetzen.

Mitgliederversammlung mit Andreas Bühl

von Stefanie Wötzel



Bei Kaltgetränk und zünftigem Essen kamen wir in der Gaststätte am Horn mit Andreas Bühl (Mitglied des Landtages) über aktuelle politische Herausforderungen für Kommunen, Land und Bund ins Gespräch. Hierbei stand die Bildungs- und Migrationspolitik des Landes im Vordergrund und beschäftigten unsere Mitglieder aufgrund der Aktualität. Die Möglichkeit, mit einem Landtagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen, nahmen viele Weimarer Mitglieder wahr.

Stadtlauf mit Peter Kleine

Im Rahmen des 370. Weimarer Zwiebelmarktes haben wir im gemeinsamen Team unseres Oberbürgermeister-Kandidaten Peter Kleine am Stadtlauf teilgenommen. Bei durchwachsener Witterung ging es 11 km und 5,5 km in der Zweier-Staffel durch Weimars Straßen.



Sommerfest der CDU Weimar



Unser traditionelles Sommerfest fand in diesem Jahr in der Hammerschenke am Lindenberg statt. Neben vielen privaten Gesprächen wurden auch politische Ansichten bei Thüringer Rostbratwurst und Sonnenschein ausgetauscht. Musikalische Untermalung kam spontan vom Weimarer Kult-Rocker Kani, der gemeinsam mit dem Mitgliedern "Mamor, Stein und Eisen bricht" von Drafi Deutscher sang und die Stimmung einheizte.

Nominierung Lennart Geibert als Direktkandidat im Landtagswahlkreis

von Katrin Trommer-Huckauf



Lennart Geibert wurde am 14. September 2023 mit 88,9 % in der Mitgliederversammlung der CDU-Weimar als Wahlkreiskandidat zur Landtagswahl 2024 für den Wahlkreis 32 Weimar II gewählt und wird im nächsten Jahr für die Stadt Weimar in den Landtagswahlkampf gehen.

Lennart Geibert ist 26 Jahre alt und hat gerade sein 1. Juristisches Staatsexamen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erfolgreich abgeschlossen. Seit 2018 ist er Vorsitzender der Jungen Union Weimar und ist nun auch Landesvorsitzender der Jungen Union Thüringen. Eine ganze Menge Wahlkampf Erfahrung bringt er bereits mit, hat er doch in den letzten Jahren schon einige Wahlkämpfe auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aktiv begleitet.

Unser Newsletter Nr. 5 möchte Ihnen Lennart Geibert gern vorstellen, ihn nach seiner Motivation und seinen Zielen befragen.



Inbetriebnahme Wasserstoff-Fahrzeug

Unser Mitglied im Weimarer Stadtrat, Jörg Geibert, war gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Peter Kleine zur Inbetriebnahme des ersten Wasserstoff-Fahrzeugs des KommunalService Weimar. Die Grünen waren gegen den Umstieg auf die umweltfreundliche Technologie



Vier Fragen an unseren Landtagskandidaten

von Katrin Trommer- Huckauf



Huckauf: Viele – gerade junge – Menschen interessieren sich nicht für Politik. Lennart, was begeistert Dich daran, politisch aktiv zu sein?

Geibert: Schon als kleines Kind habe ich gemeinsam mit meinem Vater an Wanderungen durch Thüringen mit Bernhard Vogel teilgenommen. Ich bin also schon sehr früh mit Politik in Berührung gekommen, da wir auch am Küchentisch immer über politische und gesellschaftliche Themen diskutiert haben. Angefangen mich politisch zu engagieren habe ich als Schülersprecher in Weimar.

Damals ging es um die Gestaltung unseres Schulhofes und ich wollte mich für die Wünsche von uns Schülern einsetzen. Am Ende ist daraus dann das Engagement für die Schüler Union geworden.

Huckauf: Welche Themen möchtest Du im Wahlkampf platzieren? Was kommt Deiner Meinung nach bisher zu kurz?

Geibert: Als Abgeordneter im Wahlkreis Weimar ist es mir ein wichtiges Anliegen, die einmaligen Dinge, die Weimar ausmachen, zu vertreten. Das sind etwa Weimar als zentralen Standort für die Demokratiegeschichte unseres Landes und die historische Bedeutung, die Weimar als Klassikerstadt hat. Dies natürlich immer auch in der besonderen Verantwortung von Buchenwald mitgedacht. Aber auch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Bauhaus-Universität und der Hochschule für Musik Franz Liszt, die beide einen exzellenten Ruf genießen. In Weimar müssen die Voraussetzungen für Handwerker und Unternehmen verbessert werden, damit wir mehr gewerbliche Ansiedlungen realisieren können. Als neuem JU-Landesvorsitzenden liegen mir auch insbesondere Themen am Herzen, die die junge Generation betreffen. Wir fordern zum Beispiel, dass die Meisterausbildung in Thüringen kostenlos wird, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Huckauf: Was antwortest Du Deinen Kritikern, die meinen, Du seist zu jung und unerfahren?

Geibert: Zum einen bin ich bereits seit über zwölf Jahren in Weimar politisch aktiv. Zuerst als Schülersprecher, dann als Mitglied der Schüler Union und später in der Jungen Union. Ich bin seit fünf Jahren Kreisvorsitzender der JU Weimar und wurde vor drei Wochen zum Landesvorsitzenden der JU Thüringen gewählt. Ich bin im Alter von 16 Jahren in die CDU eingetreten und dort im Kreisvorstand aktiv. Ebenfalls bin ich Mitglied im Hochschul- und Studierendenbeirat der Stadt Weimar. Ich habe seit über zehn Jahren jeden Wahlkampf in Weimar mitgemacht. Somit bringe ich eine Menge politische Erfahrung bereits in meinen jungen Jahren mit. Zum anderen ist im jetzigen Landtag kein einziger Abgeordneter der CDU-Fraktion unter 35 Jahren. Die Perspektive der jungen Menschen findet so nur schwer Gehör innerhalb der CDU. Um Thüringen langfristig wieder attraktiv zu machen für junger Menschen, braucht es aber gerade die Stimme junge Menschen im Landtag. Diese möchte ich gerne sein.

Nominierung des Kandidaten für den Oberbürgermeister

von Katrin Trommer-Huckauf



„Ich bin bereit, für die Titelverteidigung in den Ring zu steigen“

Peter Kleine von CDU und weimarwerk zum OB-Kandidaten nominiert

Mit deutlicher Zustimmung von 95 % wurde am 21. September der jetzige Weimarer Oberbürgermeister, Peter Kleine, erneut von CDU und weimarwerk zum Kandidaten für die Wahl zum Oberbürgermeister im nächsten Jahr nominiert.

In seinem letzten Wahlkampf 2018 habe er eine deutliche Wechselstimmung verspürt. Seinen Wahl-Slogan „Politik im Dialog“ sei er auch während seiner Amtszeit treu geblieben.

Zu den Erfolgen in seiner Zeit als Stadtoberhaupt zählte Peter Kleine die Halbierung der Schulden, die unangetasteten Steuerhebesätze, wichtige Sanierungsprojekte (z. B. Goetheplatz, Schwanseebad, Hotel „Schillerhof“). Einige Dinge seien nicht gelungen, wie beispielsweise die Entwicklung des EOW-Geländes, das Kleine aber im Fall der Wiederwahl neu aufgreifen möchte.

Als wichtige Projekte in der nächsten Amtszeit zählte Peter Kleine u. a. die Generalsanierung des Deutschen Nationaltheaters, wichtige Schulsanierungen, z. B. der Fürnbergsschule, den Neubau eines Wohnheimes für Berufsschüler oder die Entwicklung des Mobilitätsknotens am Hauptbahnhof auf. Seine Ankündigung, dass es auch weiterhin keine Erhöhung der Hebesätze geben soll, erntete Applaus bei den Mitgliedern von CDU und weimarwerk.

Auf der Agenda stehen ebenso die Busflotte mit Wasserstoffantrieb, Potentialflächen für Photovoltaik und Geothermie, die weitere Digitalisierung der Verwaltung sowie die Rettung des Kulturprojektes „Genius Loci“ in Weimar.

„Die Stadt braucht Sachverstand und Leidenschaft und eine Stadtverwaltung, die sagt, was sie tut und tut, was sie sagt.“ Mit diesen Worten warb Peter Kleine in der vollbesetzten Boxhalle in Weimar-West. Und mit Bezug zum Ort der Veranstaltung führte er weiter aus: „Ich bin bereit, für die Titelverteidigung in den Ring zu steigen. Meine Gegner werden sich warm anziehen müssen.“



Foto: Konstanze Wutschig-Reetz

Am 16. August haben wir die Polizeiinspektion in Weimar besucht und hatten die Gelegenheit gemeinsam mit einigen Beamten ins Gespräch zu kommen. Ein für uns wichtiges Thema ist eine bessere Nachwuchsförderung. Ein wichtiger Schritt dabei könnten Prämienzahlungen oder eine bessere dienstliche Ausstattung sein. Auch aktive Werbung an Schulen oder auf Messen muss stärker unterstützt werden.

Ebenfalls haben wir über die aktuellen Herausforderungen, wie Montagsdemonstrationen und "Klimakleber" gesprochen. Dabei gerät die Polizei immer zwischen die Fronten und fungiert zunehmend als Prellbock für den Frust der Demonstranten. Für uns ist klar: Die Polizei braucht für ihre Arbeit mehr Rückendeckung aus der Politik!



Weiterhin regelmäßige Infostände



Neuer Landesvorsitzender der Jungen Union Thüringen

von Tinka Huckaufl



Lennart Geibert zum neuen Landesvorsitzenden der JU Thüringen gewählt

Am Wochenende vom 7./8. Oktober fand der jährliche Landestag der Jungen Union Thüringen in Bad Tabarz im Landkreis Gotha statt. Der Landestag ist die Versammlung der Delegierten aus allen JU-Kreisverbänden in Thüringen. Bereits im Vorfeld zeichnete sich ab, dass es zu einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen kommen wird, da es zwei aussichtsreiche Kandidaten für den Vorsitz gab. Auf der einen Seite unserer Kreisvorsitzender Lennart Geibert und auf der anderen Seite die Kreisvorsitzende Lilly Krahnert aus dem Saale-Holzland-Kreis. Mit einer flammenden Rede konnte Lennart die Delegierten überzeugen, die ihn mit 51% zum neuen Landesvorsitzenden wählten. Inhaltlich hat sich Lennart in seiner Rede mit der schlechten Regierungsperformance von R2G in Thüringen auseinandergesetzt. Er nannte die Themen Lehrermangel, Migration und Fachkräftemangel als entscheidende Themen für die nächste Landtagswahl. Die JU sieht er als „Stachel im Fleisch“ der CDU, die immer wieder an die „Grundsätze bürgerlicher Politik“ erinnern müsse, aber gleichzeitig junge Themen auf die Tagesordnung setzen muss. Inhaltlich haben wir das Programm „24 Themen für 2024“ verabschiedet und 42 weitere Sachanträge besprochen. Gastredner waren unter anderem der Berliner Kultursenator Joe Chialo, Fraktionschef Mario Voigt und unsere Europaabgeordnete Marion Walsmann. Am Abend gab es die traditionelle JU-Party, die natürlich auf einem Landestag nicht zu kurz kommen darf. Wir freuen uns schon auf nächstes Jahr.





Liebe Mitglieder der CDU
Weimar!

Bundeshaushalt 2024

Die Ampel hat im Juli den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024 beschlossen.

Die Einnahmen und Ausgaben summieren sich jeweils auf 445,7 Mrd. Euro, wobei eine Nettokreditaufnahme von knapp 16,6 Mrd. Euro vorgesehen ist. Damit wird die zulässige Schuldenobergrenze vollständig ausgeschöpft.

Größter Ausgabenblock 2024 ist und bleibt der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung mit 117,2 Mrd. Euro. Die Investitionen belaufen sich 2024 auf 54,2 Mrd. Euro.

Selbst wer wenige Erwartungen an den Haushaltsentwurf hatte, kann von diesem Entwurf nur enttäuscht sein. Die wochenlang öffentlich heftig durch die Ampel diskutierten Einsparungen erreichen über alle Ressorts – mit Ausnahme des Bundesverteidigungsministeriums – gerade einmal ein Volumen von 3,5 Mrd. Euro und damit lediglich knapp 1 % des Haushaltsvolumens.

Zusätzliche finanzielle Spielräume für die Wünsche der Ampel-Koalition sollen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre und Generationen durch die Auflösung des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ oder Kürzungen beim Elterngeld realisiert werden. Die geringeren Zuschüsse für die Gesetzliche Krankenversicherung, die Gesetzliche Pflegeversicherung und die Gesetzliche Rentenversicherung („zusätzlicher Bundeszuschuss“) werden wohl zu Beitragserhöhungen für die Versicherten führen.

Ebenso wurde das 2 %-NATO-Ziel zwischenzeitlich aus dem Haushaltsgesetz gestrichen.

Von der im Koalitionsvertrag angekündigten Übernahme höherer Krankenkosten für Bürgergeldbezieher fehlt jede Spur und für die Kindergrundsicherung ist kein Geld da.

Neuregelung der Sterbehilfe

Die Neuregelung des § 217 im Strafgesetzbuch aus dem Jahr 2015 sollte der gesellschaftlichen Normalisierung des assistierten Suizids entgegenwirken, indem die Beihilfe als regelmäßige bezahlte Dienstleistung von Vereinen untersagt wurde. Es sollte also kein „Geschäftemachen mit dem Tod“ geben. Das Bundesverfassungsgericht urteilte jedoch im Jahr 2020, dass mit diesem Gesetz das Recht eines Menschen, sich selbst das Leben zu nehmen, in der Praxis unerreichbar geworden sei. Deshalb wurde eine Neuregelung notwendig.

Der von mir unterstützte Gesetzentwurf hätte in engen Grenzen den assistierten Suizid erlaubt. Anbieter geschäftsmäßiger Sterbehilfe hätten sich zukünftig dann strafbar gemacht, wenn sie sich nicht an ein Schutzkonzept aus psychiatrischer oder psychotherapeutischer Untersuchung, Beratung, Wartezeiten und eines Mehraugenprinzips gehalten hätten - konkret zweimalige Untersuchung durch einen Facharzt/ Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie im Abstand von drei Monaten und eine umfassende ergebnisoffene interdisziplinäre Beratung.

Aufgrund einer besonderen Situation, insbesondere bei einer nicht heilbaren, fortschreitenden und weit fortgeschrittenen Erkrankung bei zugleich begrenzter Lebenserwartung, hätte die Feststellung der Freiverantwortlichkeit der Entscheidung über die Selbsttötung im Ausnahmefall auch nach einem einzigen Untersuchungstermin getroffen werden können.

Ein weiterer Gesetzentwurf hätte den Aufbau eines Beratungsstellennetzes durch die Länder vorgesehen. Diese hätten den Sterbewilligen eine Bescheinigung ausstellen sollen, auf deren Grundlage Ärzte frühestens drei, spätestens zwölf Wochen nach der Beratung ein tödlich wirkendes Medikament hätte verschreiben dürften. Voraussetzung wäre die Volljährigkeit des oder der Betroffenen gewesen.

Beide Gesetzentwürfe wurden nicht angenommen.

Nun gilt es, einen neuen Anlauf für die Reform der Sterbehilfe zu starten.

Antrag „Suizidprävention stärken“ beschlossen.

Der Antrag "Suizidprävention stärken" wurde hingegen mit großer Mehrheit beschlossen. Darin fordern wir die Bundesregierung u.a. dazu auf, dem Bundestag einen Gesetzentwurf und eine Strategie für Suizidprävention vorzulegen. Zudem soll eine bedarfsgerechte psychotherapeutische, psychiatrische, psychosoziale und palliativmedizinische Versorgung sichergestellt werden.

Gastronomie in Not

Nach drei Verlustjahren ist die Situation der heimischen Restaurants nach wie vor kritisch. Die inflationsbereinigten Umsätze lagen nach Angabe des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2023 weiterhin 12,5% unter denen des ersten Quartals 2019. Durch die massiven Einbußen in der Corona-Krise ist die Zahl der Unternehmen trotz massiver Unterstützungsleistungen durch die CDU/CDU-geführte Bundesregierung von 222.400 im Jahr 2019 auf 186.600 im Jahr 2021 zurückgegangen.



Unser Gesetzentwurf:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005810.pdf>

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb schon im Februar(!) einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem wir den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Speisen dauerhaft regeln wollen. SPD, FDP und Grüne haben allerdings dagegen gestimmt und ignorieren damit völlig die Situation der Gastronomie.

Eine Steuererhöhung zum 1. Januar 2024 ist eine enorme Belastung für die Betriebe und führt zu einem Preisanstieg für die Gäste, den diese aufgrund der insgesamt gestiegenen Lebenshaltungskosten vermutlich nicht ohne weiteres akzeptieren werden.

Gerade eine lebendige und vielfältige Restaurantkultur trägt wesentlich zur Lebens- und Standortqualität sowie zur Attraktivität als Reiseziel für in- und ausländische Gäste bei.

Mir ist es ein Anliegen, unsere Gaststätten als Orte der Begegnung, des Austauschs und der Geselligkeit zu erhalten. Ich werde mich daher auch weiter gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Speisen dauerhaft erhalten bleibt.

Bleiben Sie gesund und positiv!

Ihre Antje Tillmann MdB

Schlachtfest

25. November 2023, 12 Uhr

Traditionelles Schlachtfest der CDU Weimar im
Vereinshaus in Denstedt

Karl-Marx-Str. 47a (Freiwillige Feuerwehr)

Anmeldung bis zum 25.10 bei Kristin Leube:

info@cdu-weimar.de oder 0176/62393583

* Karten: für 23€ in der Kreisgeschäftsstelle zu kaufen
Teilnehmerzahl begrenzt.



Mitgliederversammlung

30. November 2023, 19 Uhr

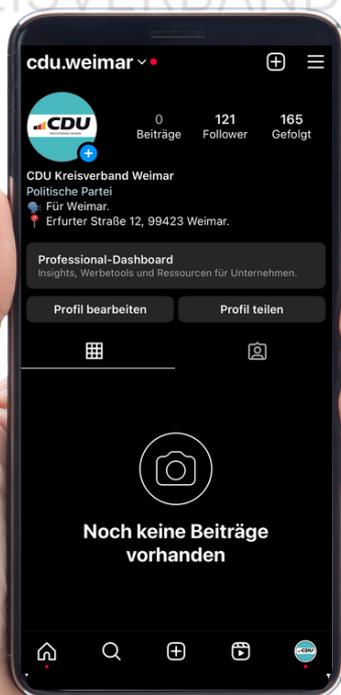
Mon Ami
Goetheplatz 11
Erdgeschoss

Kreisvorstandswahl



Wir sind jetzt bei Instagram!

KREISVERBAND WEIMAR



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Herausgeber

CDU Kreisgeschäftsstelle Weimar

Kreisgeschäftsführer -

Arndt Hobrecker

Erfurter Straße 12

99423 Weimar

info@cdu-weimar.de

Telefon: 03643 850580

Fax: 03643 4920337

Redaktion: Katrin Trommer-

Huckauf, Lennart Geibert, Stefanie

Wötzel, Dieter L. Koch, Tinka

Huckauf